



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



SZÉCHENYI TERV

DONAU-INSTITUT

FÜR INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG BUDAPEST

Donau-Institut Working Papers

Mareike Gebhardt

Postmoderne und Pluralität – ein demokratischer Aufbruch ins 21. Jahrhundert?

Donau-Institut Working Paper No. 36

2014

ISSN 2063-8191

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujszechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



HUNGARIEN
MAGYARORSZÁG MEGÚJUL



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TAMOP-4.2.2/B-10/M-2010-0015

Mareike Gebhardt

*Postmoderne und Pluralität –
ein demokratischer Aufbruch ins 21. Jahrhundert?*

Donau-Institut Working Paper No. 36

2014

ISSN 2063-8191

Edited by the Donau-Institut, Budapest.

This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's address and affiliation:

Mareike Gebhardt

Doktorandin / Andrassy Universität Budapest

E-Mail: Mareike1.Gebhardt@politik.uni-regensburg.de

© by the authors

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Multidimensionale Pluralität und konsensuelle Demokratie	3
Literatur	8

1. Einleitung

„Die Demokratie hat anfänglich die politische Philosophie hervorgerufen, weil sie nicht eine Gesamtheit von Institutionen oder ein Herrschaftstypus unter anderen ist, sondern eine Seinsweise des Politischen. Die Demokratie ist nicht die parlamentarische Herrschaftsform oder der Rechtsstaat. Sie ist auch kein Zustand des Sozialen, die Herrschaft des Individualismus oder der Massen. Die Demokratie ist, im Allgemeinen, die Weise der Subjektivierung von Politik [...].“
(Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*)¹

„Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“ – Mit diesem pragmatischen Verweis auf die Bedeutung der demokratischen Herrschaftsform in modernen Gemeinwesen formulierte Winston Churchill² das der Demokratie immer schon inhärente Paradoxon: Sie kann nicht unhinterfragt Geltung verlangen, ist jedoch scheinbar die einzige *legitime* Regierungsform moderner Staaten. Doch problematisch wird *die* Demokratie bereits dann, wenn man sie lediglich im Singular denkt. Demokratisches Regieren existiert in schillernden Farben und zunehmend amorphen Formen: parlamentarisch, repräsentativ, deliberativ, agonal, radikal; defekt, illiberal oder transformativ und seit Neuestem auch liquide oder digital. Die inflationäre Adjektivierung der Demokratie führt zu einer inhaltlichen und begrifflichen Verwässerung, wodurch der eigentümliche Charakter des Demokratischen völlig ungreifbar geworden ist.

Wenn Politik, Medien und Wissenschaft vom Siegeszug *der* Demokratie seit 1945 reden, ist mehrheitlich ihre repräsentativ-parlamentarische Ausprägung nordamerikanischer bzw. westeuropäischer Provenienz gemeint. Über lange Strecken des 20. Jahrhunderts hinweg war die Demokratie nahezu idealtypisch verwirklicht: Wahlen, die unter verfassungsmäßig garantierten Bedingungen – frei, gleich, geheim – stattfinden; eine regelmäßige und verfassungskonforme Partizipation der Bürger in Volks- und Bürgerinitiativen; eine angemessene Kontrolle der Regierung durch ein Parlament, das sich als die Vertretung des Volkes betrachtet; eine starke Zivilgesellschaft und letztlich eine in der Bevölkerung und in den politischen Eliten verankerte ‚demokratische‘ Gesinnung machten die Demokratie zu einem globalen Exportschlager. Der Demokratie verpflichtet zu sein, wurde zum Kampfbegriff der aufstrebenden Industrienationen weltweit: Die Demokratie

¹ Rancière 2002, S. 108.

² „Democracy is the worst form of government, except all those other forms, that have been tried from time to time.“ Aus einer Rede Winston Churchills vor dem britischen Unterhaus am 11. November 1947.

war nicht nur eine Lebensform, sie wurde zu einer Weltanschauung stilisiert. Ökonomisch basierte das demokratische System auf einer Verschränkung von marktwirtschaftlichen Mechanismen und sozialstaatlichen Eingriffen. Selbst aus den linksradikalen Stürmen in Frankreich, Deutschland und den USA in den 1970er und 1980er Jahre ging das demokratische System unversehrt hervor. Der Untergang des realen Sozialismus ab 1989 hatte den Triumph der Demokratie zusätzlich zementiert. Doch in den letzten Jahren wurde dieses Bild immer brüchiger: Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Postdemokratie. Nicht erst seit Colin Crouchs viel zitiertem und gleichnamigem Buch aus dem Jahr 2004³ wisper es im Geäst der Politischen Philosophie vom nahenden Tod der Demokratie: lebensweltliche Pluralisierung, religiöse, kulturelle und ethnische Heterogenisierung sowie sexuelle und mentale Diversifizierung durchlöchern die Homogenität des demokratischen Systems. Bereits 1995 hatte Jacques Rancière in seinem Buch *Das Unvernehmen* eindrucksvoll das Kernproblem der Post-Demokratie erfasst:

„Die Post-Demokratie ist die Regierungspraxis und begriffliche Legitimierung einer Demokratie *nach* dem *Demos*, einer Demokratie, die die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volks liquidiert hat, reduzierbar also auf das alleinige Spiel der staatlichen Dispositive und der Bündelung der Energien und gesellschaftlichen Interessen. Die Post-Demokratie ist keine Demokratie, die im Spiel der gesellschaftlichen Energien die Wahrheit der institutionellen Formen gefunden hat. Sie ist eine Weise der Identifizierung der institutionellen Dispositive mit der Aufstellung der Teile und der Anteile der Gesellschaft, die geeignet ist, das der Demokratie eigene Subjekt des Handelns verschwinden zu lassen. Sie ist die Praxis und das Denken einer restlosen Übereinstimmung zwischen den Formen des Staates und dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse.“⁴

In dieser Krisensituation des Demokratischen sind es zwei konträre politische Denktraditionen, die nach Auswegen suchen: Während die klassisch moderne Variante der Habermasschen Deliberation auf Konsens gerichtet ist, betont die politische Postmoderne die Pluralität des menschlichen und bürgerlichen Seins. Mit beiden Ansätzen ist zu fragen, ob die Demokratie reif ist für das 21. Jahrhundert.

³ Crouch, Colin: *Post- Democracy*, Oxford 2004; deutsch: *Postdemokratie*, Frankfurt a.M. 2008.

⁴ Rancière 2002, S. 111. Original: *La Méésentente*, Paris 1995.

2. Multidimensionale Pluralität und konsensuelle Demokratie

Die konsensuelle Demokratie fußt auf der öffentlichen Verständigung der Teilnehmer an politischen Entscheidungsprozessen. So feiert die kantianisch-habermasianische Bastion der globalen Demokratie noch immer den Wahrheitsanspruch des sprachbasierten libertären Egalitarismus. Der öffentliche Austausch ist auf institutioneller Ebene simulierbar: Repräsentation ist hier nicht nur ein funktionales Instrument des Politischen für große Flächenstaaten, sondern wird in das politische Ideal integriert.⁵ Der Bürger moderner Nationalstaaten berät öffentlich und im Diskurs mit anderen Meinungen über politische Problematiken und ist dabei durchaus bereit, sich vertreten zu lassen. In diesem Modell hat es die parlamentarische Demokratie zu einiger Berühmtheit gebracht. Dabei hat sie in den letzten Jahrzehnten fundamentale Veränderungen ihrer inneren Funktionsabläufe durchlaufen. Die Krise der Demokratie, von der in den letzten Jahren stets gesprochen wird, ist auch ein Ergebnis der Diskrepanz zwischen dem äußeren Auftreten der Demokratie als *Seinsweise* und ihrer inneren Funktionslogik als *System*. Das Politische und mit ihm die Demokratie haben sich von einem „Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten“⁶ in ein System zweckrationalen Verhaltens transformiert. Die funktionale Rationalität degradiert das Politische zu Politik.

Das von ihr selbst gegebene Versprechen, die Bürger eines Gemeinwesens stets in die politischen Prozesse einzubinden, kann von der Demokratie nicht mehr eingehalten werden. Versprechen dienen im politischen Raum dazu, die Unwägbarkeiten des menschlichen Handelns abzusichern: dem Gegenüber einen Halt zu geben.⁷ Durch den systemischen Charakter der Demokratie ist ihr Verhalten jedoch berechenbar – Politik zur Statistik geworden.⁸ Die parlamentarische Demokratie hat sich der unbezwingbaren Kraft des marktmechanischen und administrativen Denkens ergeben. Indem erstens, das politische Handeln auf demokratisches Regieren reduziert wurde, wurde Politik zur bloßen Verwaltung. Darüber hinaus ist zweitens das ‚System Wirtschaft‘ mit seinem entsprachlichten Medium Geld in die verständigungsorientierte Sphäre des Politischen eingedrungen und hat seine Systemimperative der politischen Lebenswelt aufgezwungen; diese Pathologie des Politischen hatte Habermas bereits 1981 in der *Theorie des kommunikativen Handelns*

⁵ Vgl. hierzu die Aussagen Immanuel Kants aus seiner Friedensschrift von 1795, ZeF, AA o8: 352f.: „Alle Regierungsform nämlich, die nicht *repräsentativ* ist, ist eigentlich eine *Uniform* [...]“ sowie „ je kleiner das Personale der Staatsgewalt (die Zahl der Herrscher), je größer dagegen die Repräsentation derselben, desto mehr stimmt die Staatsverfassung zur Möglichkeit des Republikanism [...]“ Vgl. Herb 1999, S. 130- 145 und Gebhardt 2012, S. 22ff.

⁶ Arendt 2007, S. 225.

⁷ Vgl. Arendt 2007, S. 311.

⁸ Vgl. Arendt 2007, S. 53.

diagnostiziert.⁹ Er setzt auf eine Stärkung des konsensualen Diskurses, auf die Förderung partizipativer Elemente sowie auf die Globalisierung klassischer demokratischer Werte zur Revitalisierung politischen Handelns. Im Diskursprinzip D – „Gültig sind genau die Handlungsnormen, denen alle möglicherweise Betroffenen als Teilnehmer an rationalen Diskursen zustimmen können.“¹⁰ – und im Universalisierungsgrundsatz U – „So muss jede gültige Norm der Bedingung genügen, dass die Folgen und Nebenwirkungen, die sich jeweils aus ihrer *allgemeinen* Befolgung für die Befriedigung der Interessen eines *jeden* Einzelnen [...] ergeben, von *allen* Betroffenen akzeptiert [...] werden können.“¹¹ – kulminiert das konsensorientierte Denken von Jürgen Habermas. Für ihn geht es darum, sich in der Gesprächssituation in den jeweiligen Standpunkt des Anderen *hineinversetzen* zu können. In diesem nur scheinbar ‚intersubjektiven‘ und kontrafaktischen Gedankenexperiment verliert das Selbst jegliche Distanz zum Anderen, mit dem Ziel dessen Position einnehmen und damit die Andersheit nachvollziehen zu können. Am Ende des reziproken Verständigungsverfahrens wird man sich auf einen gemeinsamen Nenner einigen können und zu einem Konsens gelangen, der die (politischen) Handlungsrichtlinien vorgibt. Die partikularen Interessen wurden zugunsten einer Gemeinwohlorientierung deliberativ austariert.

Gegen dieses Modell des reziproken Verstehens setzen Ansätze, die sich auf Pluralität und Dissens konzentrieren, ein Modell tatsächlicher *Inter-Subjektivität*. Statt die Distanz, die zwischen den Protagonisten politischen Entscheidens herrscht, in einem hypothetischen Experiment des sich- in- die- Position- des- Anderen- Hineinversetzens aufzuheben, betonen postmoderne Ansätze die Aufrechterhaltung, ja Unhintergebarkeit der Differenz.¹² Die Distanz zwischen den Subjekten – die *Inter-Subjektivität* – bewahrt sie vor der Aufgabe der eigenen Identität zugunsten des völligen Verstehens des Anderen. Denn völliges Verstehen steht außerhalb der Reichweite politischen Handelns. Nach Arendt verbinden und trennen sich die Menschen im Raum des Zwischen mit- aber auch voneinander: das Zwischen bringt die Individuen miteinander in Kontakt, verbindet sie – macht aus Atomen Moleküle –, doch das Zwischen trennt sie auch – und das ist elementar: Nur in der Distanz zum Anderen können Ego und Alter sich gegenseitig wahrnehmen sowie wahrgenommen

⁹ Vgl. Habermas, Jürgen: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Bd. 2. Frankfurt a.M. 1995.

¹⁰ Habermas 1998, S. 138.

¹¹ Habermas 1983, S. 75f.

¹² Ich nenne zum Zweck der Verständlichkeit und Kürze alle diejenigen Ansätze „postmodern“, die in ihrem politischen Denken Pluralität und Differenz betonen statt sie egalitaristisch nivellieren zu wollen. So wird im Folgenden ebenfalls das Denken Hannah Arendts unter diesen Begriff subsumiert. Mit der Betonung des „Faktum[s] menschlicher Pluralität“ (Arendt 2007, S. 213) und menschlicher Freiheit avanciert Arendt zu einer bedeutenden Vordenkerin postmodernen Philosophierens.

werden. Keiner von beiden muss seine eigene Position aufgeben, um politisch zu handeln. Vielmehr ist es gerade der Zwischenraum, der politisches Handeln erst ermöglicht.¹³

Die postmoderne Sichtweise auf das Politische betont die Aufrechterhaltung grundsätzlichen Andersseins – nicht dessen Überwindung. Im politischen Bereich drückt sich dieses Anderssein im Wettstreit und in der Auseinandersetzung um Anerkennung aus. Für Chantal Mouffe ist der *Agonismus* fundamental für den Bereich des Politischen: In Abgrenzung zur Eindimensionalität des Schmittschen Freund-Feind-Schemas betont sie daher, dass der dem Politischen zugrundeliegende Dissens nicht von *Antagonismen* lebt.¹⁴ In der zeitgenössischen Welt haben sich die Freund-Feind-Schemata in Wir-Sie-Relationen¹⁵ transformiert – an die Stelle gewalttätiger Kriege um das Wahre, Schöne und Gute sind vermehrt Verteilungs- und Anerkennungskämpfe getreten. Der Andere darf dabei niemals vernichtet werden: er hat immer auch eine Existenzberechtigung um seiner selbst willen und ist damit Selbstzweck – ja der Andere ist die *conditio sine qua non* der politischen Welt; doch er ist immer auch derjenige, an dem sich die jeweils eigene Identität bildet. Durch Reibung, Kontrastierung und Gleichsetzung am und zum anderen konstituieren wir uns auch immer selbst, werden wir vorangetrieben, übersteigen wir uns selbst. Das Politische lebt von dieser Reibung: sie im Konsens aufheben zu wollen, ist der entscheidende Punkt der postmodernen Kritik an Habermas' deliberativen Politikmodell. Ihm ist zwar seine liberale Grundhaltung zugute zu halten, da es andere Positionen zunächst anerkennt. Jedoch fehlt es der deliberativen Demokratie – mit Richard Rorty – an Ironie: Sie nimmt sich selbst zu ernst; so ernst, dass andere Positionen und Interessen immer schon als minder- oder höherwertig erachtet werden müssen.¹⁶ Schließlich soll am Ende der Beratschlagung eine Position triumphieren. Die deliberativ ausgehandelte Lösung trägt allerdings gerade nicht dazu bei, allen möglicherweise Betroffenen Gehör zu verschaffen, sondern nur denjenigen, die sich am lautesten oder besten artikulieren. Strukturelle Ausschließungsmechanismen sind der deliberativen Demokratie immer schon inhärent.

In Kantischer Tradition setzt Habermas auf die ansteigende Vernünftigkeit des Menschen, auf seine Erkenntnisfähigkeit und Einsicht – auf seine willentliche Fähigkeit, den Anderen als gleichwertig anzuerkennen oder ihn zumindest anzuhören. In Anlehnung an Kant kann man aber auch

¹³ Vgl. Arendt 2007, S. 250, 302.

¹⁴ Vgl. Mouffe 2010, S. 18ff., 29f., 69f. Neben der Abgrenzung zu Schmitt muss sich das postmoderne Denken ebenfalls von Marxens anachronistischer Betonung des antagonistischen Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft distanzieren, da dieser auf rein ökonomischen Parametern beruht. In der zeitgenössischen Gesellschaft beeinflussen verschiedenartigste Parameter (Herkunft, Religion, Territorium, Kultur) die Zuschreibung des sozialen und politischen Status.

¹⁵ Vgl. Mouffe 2010, S. 22.

¹⁶ Vgl. Rorty 1989, S. 73- 95.

schlussfolgern, dass das Habermasianische Ideal demokratischen Beratschlagens ein „süßer Traum“¹⁷ ist, aber nicht für die politische Praxis taugt.¹⁸ Die Demokratie in diesem Sinne verschleiert Differenz in einem künstlichen Korsett egalitaristisch-konsensuellen Denkens. Der Fokus auf die konsensorientierte Intersubjektivität verkennt die Möglichkeit, dass differente Interessen stets deliberativ und prozedural austariert werden können. Die „formell[e] Demokratie“¹⁹ bringt Minderheiten keineswegs in einen Diskurs mit der Mehrheit, sondern drängt die marginalisierten Minoritäten weiter an den Rand der Gesellschaft.²⁰ Habermas spricht von der *Einbeziehung des Anderen*²¹ endet jedoch in dessen Ausgrenzung. Statt Integration vollzieht sich durch die Spielregeln des „konsensuellen Systems“²² eine Desintegration derjenigen, deren Stimmen zu leise, zu unwichtig – kurz: nicht systemrelevant sind. Die Konsensdemokratie ist unfähig, Differenz und Dissens zu denken: Statt Pluralität radikal zu betonen, wird sie im konsensuellen System umhegt und eingeebnet.

Die Habermassche deliberative Demokratie setzt auf die Macht des Kontrafaktischen und scheitert an einer Welt des Faktischen. Die unwiderstehliche Gewalt der Zahlen hatte bereits über die Macht der Wörter triumphiert. Indem der deliberative Ansatz die Demokratie und das Politische in eins setzt, muss das konsensuelle System letztlich scheitern. Die vorwiegend systemisch koordinierte Demokratie ist nur noch rudimentär sprachlich strukturiert – daran ändert auch die Permanenz des deliberativen Palavers wenig. Nur im Politischen finden wir noch Raum für Sprache und Kommunikation. Vermeintlich demokratische Entscheidungen werden in die dunklen Räume arkanpolitischer Lobbyarbeit verlegt. Die Demokratie hat nur wenig von ihrem Ideal der Transparenz beibehalten. Öffentliche Beratschlagung wird dann zur Farce, wenn die Entscheidungen schon längst getroffen wurden und durch parlamentarische Beschlussfassung – zur Beruhigung der Parlamentarier wie auch der bürgerlichen Öffentlichkeit – lediglich ‚abgenickt‘ werden. Dagegen stellt sich die politische Postmoderne der gesellschaftlichen Differenzierung. Autoren wie Jacques Rancière, Richard Rorty und Chantal Mouffe verweigern sich dem Lobgesang auf *die* moderne Demokratie. Sie geben keine eindeutigen Antworten auf unlösbare Probleme. Heißt das, dass sie die Möglichkeit des Politischen aufgegeben? – Mitnichten! Selten hat es

¹⁷ Kant: SF, AA 07: 92.

¹⁸ Vgl. Kant: TP, AA 08: 273- 313.

¹⁹ Rancière 2002, S. 107.

²⁰ Vgl. Rancière 2002, S. 126: „Die »Ausschließung« [...] ist also strikt identisch mit dem konsensuellen Gesetz. Was ist tatsächlich Konsens, wenn nicht die Voraussetzung der Einschließung von allen Teilen und ihren Problemen, die die politische Subjektivierung eines Anteils der Anteillosen, einer Zählung der Ungezählten verbietet.“

²¹ Siehe Habermas: *Die Einbeziehung des Anderen*, Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a.M. 1999.

²² Rancière 2002, S. 112.

vehementere Versuche gegeben, das Politische gegen seine Gefährdungen, das Eindringen des Ökonomischen und Administrativen, zu verteidigen.

Die Aufgabe der Konsensorientierung der Demokratie zugunsten einer Wiederbelebung politischen Handelns kann ein Ausweg sein aus der politischen Erstarrung, die die parlamentarische Demokratie – als bloße Verwaltung des Politischen – anheimgesucht hat. Vielleicht sind Demokratie und politisches Handeln viel weniger miteinander in Einklang als die westliche Welt lange Zeit angenommen hatte. Politisches Handeln erschöpft sich nicht in statischen Wahlakten. Vielleicht ist es Zeit, eine radikale Spaltung des Politischen vom System der Demokratie zu forcieren.

Ob die Demokratie reif ist für das 21. Jahrhundert bleibt fragwürdig. Aber das Politische hat weder an Durchsetzungs- noch an Sprengkraft verloren. Vielleicht können wir die Demokratie nicht retten, das Politische aber wird mit der Geburt eines jeden Menschen stets erneuert²³ und steckt daher immer schon in uns – wir müssen es nur bergen!

²³ Zum Konzept der Natalität s. Arendt 2007, S. 18, 215- 217. „Weil jeder Mensch auf Grund des Geborenses ein *initium*, ein Anfang und Neuankömmling in der Welt ist, können Menschen Initiative ergreifen, Anfänger werden und Neues in Bewegung setzen.“ (S. 215).

Literatur

Arendt, Hannah (2007): *Vita activa, Oder vom tätigen Leben*, München.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Bonn.

Gebhardt, Mareike (2012): *Von Göttern und Engeln. Die Republik zwischen Ideal und Utopie bei Kant und Rousseau*, in: Herb, Karlfriedrich/ Scherl, Magdalena (Hrsg.): *Rousseaus Zauber. Lesarten der Politischen Philosophie*, Würzburg, S. 19- 31.

Habermas, Jürgen (1999): *Die Einbeziehung des Anderen, Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt a.M.

Habermas, Jürgen (1983): *Diskursethik. Notizen zu einem Begründungsprogramm*, in: Ders.: *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*, Frankfurt a.M., S. 53- 125.

Habermas, Jürgen (1998): *Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M.

Habermas, Jürgen (1995): *Theorie des kommunikativen Handelns, Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Bd. 2, Frankfurt a.M.

Herb, Karlfriedrich (1999): *Bürgerliche Freiheit, Politische Philosophie von Hobbes bis Constant*, Freiburg/ München.

Kant, Immanuel (1917): *Der Streit der Fakultäten*, in: Ders.: *Gesammelte Schriften*, hrsg. v. Preußische Akademie der Wissenschaften, Bd. 07: 1- 116, Berlin.

Kant, Immanuel (1917): *Über den Gemeinspruch, Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*, in: Ders.: *Gesammelte Schriften*, hrsg. v. Preußische Akademie der Wissenschaften, Bd. 08: 273- 313, Berlin.

Mouffe, Chantal (2010): *Über das Politische, Wider die kosmopolitische Illusion*, Bonn.

Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen, Politik und Philosophie*, Frankfurt a.M..

Rorty, Richard (1989): *Contingency, Irony, and Solidarity*, Cambridge University Press, Cambridge et al.

Donau-Institut Working Papers
ISSN 2063-8191

Kopien können bestellt werden bei:

Universitätsbibliothek
Andrássy Universität Budapest
PF 1422
1464 Budapest
Hungary

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage unter <http://www.andrassyuni.eu/donauinstitut>. Wir machen sie darauf aufmerksam, dass wir die Weitergabe des entsprechenden Working Paper einstellen, falls eine revidierte Version für eine Publikation an anderer Stelle vorgesehen ist.